

**In Anlehnung an die Resolution des Kreistages des Rhein-Sieg-Kreises vom 28.10.2010 zu der empfohlenen Verlagerung des Bundesverteidigungsministeriums nach Berlin bekräftigt der Kreisausschuss des Rhein-Sieg-Kreises die gemeinsame Erklärung der Fraktionen des Rates der Bundesstadt Bonn und des Kreistages des Rhein-Sieg-Kreises vom 19.07.2011 (Anhang 1) verbunden mit dem eindringlichen Appell an die Bundesregierung, bei der Bundeswehrreform und Umstrukturierung des Bundesverteidigungsministeriums das Berlin/Bonn-Gesetz als Grundlage einer dauerhaften und fairen Arbeitsteilung zwischen Bonn und Berlin im Sinne des Bonn/Berlin-Gesetzes vom 20.06.1991 nicht in Frage zu stellen.**

**Mit Unverständnis und großer Sorge nimmt der Kreisausschuss des Rhein-Sieg-Kreises zur Kenntnis, dass Herr Bundesverteidigungsminister Dr. de Maizière nach einem aktuellen Interview in der Ausgabe des Generalanzeigers vom 03.09.2011 die Vorschläge der „Weise-Kommission“ zum Umzug des Bundesverteidigungsministeriums von Bonn nach Berlin ganz offensichtlich weiterverfolgt.**

**Mit seinen Bemühungen zum Umzug des Bundesverteidigungsministeriums von Bonn nach Berlin stellt der Bundesverteidigungsminister eindeutig die Einhaltung des Berlin/Bonn-Gesetz zur Disposition.**

**Die beabsichtigte Verlagerung von Arbeitsplätzen des Bundesverteidigungsministeriums mit dem Hinweis auf die Vielzahl der Bundeswehrstandorte in der Region argumentativ mit der beabsichtigten Bundeswehrreform zu verknüpfen, ist dabei nicht nur unsachgemäß. Die Bemühungen des Bundesverteidigungsministers stehen dabei auch in eklatantem Widerspruch zu den Festlegungen des Berlin/Bonn-Gesetzes, wonach der größte Teil der ministeriellen Arbeitsplätze in der Bundesstadt Bonn zu erhalten ist.**